

Staatssekretär drückt auf die Tube

Albert Füracker warb vor dem IHK-Gremium Kelheim für ein neues Förderprogramm. Vorsitzender Michael Gammel fordert die Kommunen auf, aktiv zu werden.



50 Megabit Übertragungsleistung bis 2018 – dieses Ziel nannte Staatssekretär Füracker vor dem IHK-Gremium in Mainburg. Foto: dpa-Archiv

bessere Möglichkeiten als früher, es komme es mit viel weniger Bürokratie aus. Es müsse kein spezieller Bedarf mehr nachgewiesen werden. Bisher war eine bestimmte Zahl an Gewerbebetrieben notwendig, die auf die Internetverbindung angewiesen sind. Im Förderprogramm sei schlichtweg vorausgesetzt, dass die Kommunen schnelles Internet benötigen.

Außerdem sind die Fördersummen höher als bisher. Da gab es eine Obergrenze von 500 000 Euro pro Kommune. Die könne jetzt unter bestimmten Voraussetzungen doppelt

Von Wolfgang Abeltshausen

Mainburg. Albert Füracker sprach am Mittwoch in Mainburg in den Räumen der Firma Bachner Klartext: „Wir haben einen Riesennachholbedarf in Bayern.“ Im Blick hatte der Staatssekretär für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat dabei das Thema schnelles Internet. Gerade im ländlichen Raum gebe es da noch viel zu tun. Er war zur Sitzung des IHK-Gremiums Kelheim gekommen, um für das neue Förderprogramm für DSL zu werben.

Es sei aber ungerecht, die Kritik am Defizit allein an die Politik zu richten. Es sei vor einigen Jahren schlichtweg nicht vorauszusehen gewesen, wie wichtig dieses Thema dieser Tage ist. Sonst wären sicherlich etwa bei Kanalbauarbeiten zumindest Leerrohre verlegt worden. Vor allem aber sei es ja eines Sache der Wirtschaft. Er sprach davon, dass der Markt versagt habe. Aber die Telekommunikationsfirmen würden eben nur dort groß einsteigen, wo es sich für sie lohne.

Glasfaser an jeden Kabelverzweiger

Deshalb müsse der Staat jetzt deutlicher als bisher einsteigen. Er mache das mit einem neuen Förderprogramm. Die Zielsetzung sei klar: Bis 2018 müssen flächendeckend 50 Megabit Übertragungsgeschwindigkeit erreicht sein. Das Motto lautet: „Glasfaser bis zu jedem Kabelverzweiger. Füracker appellierte an die Kommunen, da jetzt groß einzusteigen und Planungen zu beauftragen.

Im Landkreis Kelheim seien bisher acht von 24 Kommunen im Verfahren. Das bedeutet, dass es prozentuell gesehen klar weniger als im Regierungsbezirk Niederbayern sind. Dort befindet sich fast jede zweite Kommune im Verfahren. Das gefiel dem Vorsitzenden des Gremiums Michael Gammel nicht. Er werde mit den Kommunen schriftlich Kontakt suchen und sie dazu auffordern, entsprechende Schritte einzuleiten.

„Ich bin für jeden froh, der mit anschiebt“, sagte dazu der Staatssekretär, biete das neue Förderprogramm doch



Albert Füracker (M.) forderte in Mainburg die Kommunen auf, groß in die Planung für das schnelle Internet einzusteigen. Michael Gammel (L.) unterstützte ihn dabei. Foto: Abeltshauser

so hoch ausfallen. So gebe es Zuschläge, wenn Kommunen viele Ortsteile aufweisen oder dünn besiedelt sind. Bei einer Zusammenarbeit mehrerer Städte und Gemeinden bei der Ausschreibung gebe es ebenso eine höhere Förderung.

Bis zu 80 Prozent Förderung

Unter den genannten Bedingungen könnte Neustadt mit rund 60 Prozent Förderung der sogenannten ungedeckten Kosten rechnen, die übrigen Kommunen im Kreis mit 70 bis 80 Prozent. Zwar gebe es noch nicht das endgültige grüne Licht aus Brüssel für das Programm, jedoch rechnet Füracker bis in den Sommer damit. Kommunen, die noch im alten System angefangen haben, könnten jederzeit problemlos ins neue wechseln.

Füracker appellierte ausdrücklich, großflächig zu planen. Christian Nerb, Bürgermeister aus Saal, fragte, ob er denn das gesamte Gemeindegebiet überplanen lassen solle. Bisher sei man auf zwei kleinere Areale fokussiert, denn im Kernort gebe es eigentlich eine zufriedenstellende Versorgung. Trotzdem würde Füracker Saal dazu raten, allumfassend planen zu lassen. Denn so sei zu sehen, was grundsätzlich notwendig ist – und wie viel Geld es dazu brauche.

Zur Sitzung des Gremiums waren auch die Bürgermeister aus dem Landkreis eingeladen. Nicht alle können auf die Förderung warten. So berichtete Mainburgs Rathauschef Josef Reiser, auf eigene Kosten – für 70 000 Euro – eine Leitung vom Ortsteil Puttenhausen in den Nachbarort Rudelzhausen gelegt zu haben. Denn dort wurde gerade ein Projekt verwirklicht, von dem die Mainburger profitieren können. Der Staatssekretär glaubt nicht, dass die Stadt damit schlechter fahre. Denn so seien die ungedeckten Kosten in Zukunft geringer.

Insgesamt stehen für ganz Bayern in den kommenden sieben Jahren 1,5 Milliarden Euro für die Förderung des schnellen Internets zur Verfügung. Das sagte Albert Füracker, Staatssekretär für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat, in Mainburg. Er ist politisch für die DSL-Versorgung zuständig.

Bisher haben im Freistaat ein gutes Drittel aller Kommunen begonnen, umfassend für die Zukunft mit DSL zu planen. Füracker sprach von 31 Prozent aller Städte und Gemeinden. Das ist ungefähr die Quote, die es im Landkreis Kelheim gibt, dort sind es genau ein Drittel aller 24 Kommunen.

URL: <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10062&lid=0&cid=0&tid=0&pk=1070035>